

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

30.6.1921 (No. 149)

Expedition: Karlsruher-Str. 14... Fernsprecher: Nr. 953 und 954... Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunische Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 18.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt...

Die badische Landes-elektrizitätsversorgung.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Landes-elektrizitätsversorgung zugegangen, der bereits in der morgigen Plenarsitzung zur Beratung gelangen soll.

a. die Gründung einer Aktiengesellschaft, welche die Versorgung des Landes mit elektrischer Arbeit übernehmen und mit einem Grundkapital von 30 000 000 M. ausgestattet werden soll...

b. die von der staatlichen Elektrizitätsversorgung Baden erstellten Anlagen (Werkwerk, Hochspannungsleitungen, Transformatorstationen, Ortsnetze usw.) mit Einschluß aller Berechtigungen und Verpflichtungen an die Aktiengesellschaft zu übertragen;

c. für die von der Aktiengesellschaft auszubehenden Obligationen bis zum Betrage von 300 000 000 M. nebst 5 vom Hundert Zinsen die Bürgschaft des Staates zu übernehmen.

Weiter enthält der Entwurf folgende Bestimmungen: Das Gesetz über den Bau und Betrieb eines Werkwerkes durch den Staat vom 5. Dezember 1912 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 451) tritt an dem Tage, an dem die Landes-elektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft den Betrieb des Werkwerkes übernimmt, außer Kraft.

In der umfangreichen Begründung des Gesetzentwurfs wird u. a. gesagt: Als im Jahre 1912 der badische Staat daran ging, an der Murg ein Kraftwerk zu bauen und zu betreiben, dachte man an einen verhältnismäßig einfachen Betrieb: Der erzeugte Strom sollte an einige Großabnehmer abgegeben werden, denen die Unterverteilung überlassen werden sollte.

Die jährliche Erzeugung des Werkwerkes kann auf Grund der bisherigen Erfahrung im Durchschnitt zu 60 Millionen Kilowattstunden angenommen werden. Die dem Bau des Werkes zugrunde gelegten Berechnungen werden durch dieses Ergebnis nicht nur voll erreicht, sondern noch übertroffen.

Somit zweites Ausbau des Werkwerkes, der die Wasser des Schwarzenbachs und der Naumünz in einem hochgelegenen Ausgleichsbehälter sammeln und von dort nach dem Kraftwerk in Forbach leiten soll, sind eine Reihe Vorbereitungsarbeiten inzwischen ausgeführt worden oder in Ausführung begriffen.

Der Gesamtaufwand für das dargelegte Bauprogramm beträgt 222,5 Millionen.

Die Unsicherheiten der Kohlenbelieferung und der voraussichtlich auf lange Zeit hinaus hochstehende Preis der Kohle weisen dem Lande Baden das Ziel, seine Wasserkräfte energisch auszubauen und die Licht- und Kraftversorgung vorzugsweise auf die heimischen Wasserkräfte zu stützen.

In dieser Erkenntnis verfolgt das Arbeitsministerium folgende Pläne (die in der Begründung des Gesetzes näher erläutert werden).

Das Gebiet von Südbaden besteht an Großkraftwerken Augst-Whöfen, Rheinfelden, Lauffenburg und Eglsau; deren auf Baden entfallenden Kraftquoten sind ausverkauft. Trotz scharfer Rationierung reicht die vorhandene Strommenge nicht aus.

Die Rheinkraftwerke bedürfen zur vollen wirtschaftlichen Ausnutzung des ungleichmäßig und Tag und Nacht zufließenden Wassers der Speicherräume, wozu sich im südbadischen Schwarzwald der Schluchsee nach einem generellen Projekt vorzüglich eignen würde.

Am 31. März 1921, also noch vor dem Ausbau eines großen Rheinkraftwerkes, fertig sein. Die Kosten einer Kilowattstunde sind auf 17,0 Pfg. im ersten Ausbau bei 245 Millionen Mark Baukosten, im Vollausbau auf 15,5 Pfg. bei 435 Millionen Mark Baukosten berechnet.

Der gegenwärtige Jahresbedarf an elektrischer Energie in Mittel- und Nordbaden (im Jahre 1920 rund 121 Millionen Kilowattstunden) wird annähernd zur Hälfte vom Werkwerk I. Ausbau, im übrigen durch die Dampfwerke der Stadt Mannheim, der Odenwälder Eisenbahngesellschaft, der Stadt Karlsruhe und das Elektrizitätswerk Achen gedeckt.

Die nächste Kraftquelle soll der Redar sein, mit dessen Ausbau in der badischen Strecke zwischen Heidelberg und Mannheim im Jahre 1920 begonnen worden ist.

Die Unfertigkeit in der Wasserführung des Redars und das Fehlen von Ausgleichsbehältern wird jedoch die Kraftver- sorgung Mittel- und Nordbadens nur wenig verbessern, wenn auch an sich die Strommenge um ein ansehnliches Maß sich erhöht.

Die Unfertigkeit in der Wasserführung des Redars und das Fehlen von Ausgleichsbehältern wird jedoch die Kraftver- sorgung Mittel- und Nordbadens nur wenig verbessern, wenn auch an sich die Strommenge um ein ansehnliches Maß sich erhöht.

Wenn auch nach der Erstellung des Dampfwerkes, dem Ausbau des Redars zwischen Heidelberg und Mannheim im Verein mit dem rund 60 Millionen Kilowattstunden liefernden ersten Ausbau des Werkwerkes eine Strommenge von etwa 200 Millionen Kilowattstunden in diesen Werken zur Verfügung steht, so genügen diese doch den ferneren Ansprüchen von Industrie, Landwirtschaft und Hausbedarf nicht.

Wenn auch nach der Erstellung des Dampfwerkes, dem Ausbau des Redars zwischen Heidelberg und Mannheim im Verein mit dem rund 60 Millionen Kilowattstunden liefernden ersten Ausbau des Werkwerkes eine Strommenge von etwa 200 Millionen Kilowattstunden in diesen Werken zur Verfügung steht, so genügen diese doch den ferneren Ansprüchen von Industrie, Landwirtschaft und Hausbedarf nicht.

Die wirtschaftlichste Verteilung und es wird alsdann nur noch etwa ein Sechstel des auf das Doppelte des jetzigen bestehenden Kraftverbrauchs Mittel- und Nordbadens durch

Kohlen erzeugt werden müssen. Die Kosten des II. Ausbaues des Werkwerkes werden 190 Millionen Mark und der Kilowattstundenspreis ab Werk für die hochwertige Spitzenkraft wird 30,2 Pfg. betragen.

Nach Erstellung der genannten Großkraftanlagen wäre der dringende Kraftbedarf der nächsten Jahre gedeckt und die Voraussetzungen zu einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen.

Mit dem weiteren Bau von Kraftwerken wird sich auch ein weiterer Ausbau der Ortsnetze als nötig erweisen; hierfür werden in den nächsten Jahren etwa 20 Millionen erforderlich sein.

Der Aufwand, der für das 3. Jt. in Ausführung begriffene Bauprogramm entsteht, erhöht sich nach diesen weiteren Plänen, wenn man die Redar-G., wegen der dem Landtag eine besondere Vorlage zugehen wird, außer Betracht läßt.

Der Aufwand, der für das 3. Jt. in Ausführung begriffene Bauprogramm entsteht, erhöht sich nach diesen weiteren Plänen, wenn man die Redar-G., wegen der dem Landtag eine besondere Vorlage zugehen wird, außer Betracht läßt.

Table with 2 columns: Item description and Amount in Mill. Mark. Includes: 1. Beteiligung an dem Rheinkraftwerk Niederschwarzstadt (20,0), 2. Beteiligung am Schluchseewerk (51,0), 3. Beteiligung am Großkraftwerk Mannheim (7,8), 4. II. Ausbau des Werkwerkes (190 - der schon verausgabten 3) (196,0), 5. weiterer Ausbau des Leitungsnetzes (20,0).

Bemerkung sei zu den vorstehenden Zahlen unter 4 und 5, daß sie auf den 3. Jt. geltenden Preisen beruhen, sie können also bei einem weiteren Sinken des Geldwertes steigen.

Die Mittel zur Deckung der Baukosten sollen nach dem Gesetz vom 5. Dezember 1912, den Bau und Betrieb des Werkwerkes durch den Staat betr. von der Staats-Schuldenverwaltung für Rechnung der Amortisationskasse in Wege des Anlehens als besondere, von der bestehenden Eisenbahnschuld getrennte Staats-Schuld aufgebracht werden.

Ein Staatsdarlehen wurde bis jetzt nicht aufgenommen, die Amortisationskasse hat jedoch dem Werkwerk 155 Millionen geliehen, davon 50 Millionen aus eigenen Vermögensbeständen, während sie die weiteren 105 Millionen als schwebende Schuld aufgenommen hat.

Da 3. Jt. Industriepapiere einen günstigeren Markt haben als Staatspapiere, empfiehlt es sich, von der Ausgabe einer Staatsanleihe abzusehen und die Ausgabe der erforderlichen Obligationen einer zu gründenden Aktiengesellschaft zu überlassen.

Die Aktiengesellschaft soll mit einem Grundkapital von 30 000 000 Mark in bar errichtet werden; die sämtlichen Aktien sollen in den Besitz des Staates gebracht werden, ihre Veräußerung von der Zustimmung des Landtags abhängig sein.

Es darf damit gerechnet werden, daß bei dieser Sachlage alsbald Obligationen in Höhe von 200 000 000 Mark fest untergebracht werden können.

Es darf damit gerechnet werden, daß bei dieser Sachlage alsbald Obligationen in Höhe von 200 000 000 Mark fest untergebracht werden können.

Für welche Zeit das restliche Kapital zur Ausdehnung des Unternehmens ausreicht, hängt im wesentlichen davon ab, welcher Kaufpreis dem Senate zuzulassen und wann und wie er gezahlt werden soll.

Mit einer Beilage: 44. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages

Politische Neuigkeiten.

Die Räumung Oberschlesiens.

Gestern hat der englische General Kemmer dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten im Räumungsplan vorgesehenen Zone tatsächlich beendet sei. Daraufhin hat General Öster gemäß den Vereinbarungen sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet.

Wie der obererschlesische Berichterstatter des „Vorwärts“ meldet, ist die fristmäßige Räumung des von dem Selbstschutz besetzten Gebietes ordnungsgemäß vor sich gegangen. Viele Studenten, die dem Selbstschutz angehört, haben die Heimreise angetreten. Der erste Transport mit entlassenen Selbstschützern passierte gestern nachmittag die mittelschlesische Grenze. In den von den Polen geräumten Gebieten sind bisher nur die Städte von den Ententetruppen besetzt worden, während die geräumten Dörfer sich bisher noch nicht unter dem Schutz alliierter Truppen befinden.

Die Verhandlungen mit Frankreich.

Am Mittwochabend fand in Paris die erste Zusammenkunft der deutschen und französischen Sachverständigen zu einer Vorbesprechung statt, die in der Hauptsache Fragen zweiter Rang und solche technischer Natur zum Gegenstand hatte. Nach den getroffenen Vereinbarungen soll zunächst die Frage der nach dem Friedensvertrag Deutschland obliegenden Restitutions in Frankreich und Belgien beschnittenen Gegenstände erledigt werden. Am das bisherige sehr unverständliche Verfahren der Ermittlung und Identifizierung, das ein ganzes Heer von Beamten und Kommissionen beschäftigte, abzukürzen, soll nach dem „Matin“ Recherche beauftragten, den Deutschen vorzuschlagen, den Rest der noch zu restituierenden Maschinen usw. durch eine Kaufhalllieferung abzugelten. An Stelle der Rückgabe der reklamierten Gegenstände in natura, soll die Lieferung von Objekten gleicher Art in einer noch festzusetzenden Menge treten.

Die weiteren Verhandlungen über die deutschen Sachleistungen haben in erster Linie eine Vereinbarung über die Preise und die Modalitäten der Zahlung zum Ziele. Nach Artikel 10 des Ultimatums soll der Gegenwert der deutschen Sachleistungen auf die Annuitäten in Anrechnung kommen. Frankreich, das bei seiner außerordentlich präkären Finanzlage auf den Eingang flüssiger Mittel angewiesen ist, wünscht jedoch ein anderes Arrangement, das zwar darauf abzielt, die Berechnung der deutschen Sachleistungen auf eine Reihe von Jahren verteilt wird. In dieser Frage liegt, lt. „R. P.“, das Kernproblem der Verhandlungen. Von ihrer Lösung dürfte das Ergebnis der gegenwärtigen Besprechungen mehr oder weniger abhängen.

Im Zusammenhang mit ihnen stehen die augenblicklich von dem Garantiekomitee in Berlin geführten Verhandlungen. Bei ihnen handelt es sich nach den hier vorliegenden Angaben in erster Linie darum, für die variable Annuität einen anderen als den im Londoner Ultimatum festgesetzten Index zu finden, da man auch in Ententekreisen einzusehen beginnt, daß die Ausführung für sich allein keinen Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bildet. Nach dem „Petit Parisien“ ist es nicht ausgeschlossen, daß von der nächsten Woche ab die Berliner und Pariser Verhandlungen kombiniert und dann vielleicht auch auf eine Reihe anderer Fragen, insbesondere solcher kommerzieller Natur, ausgedehnt werden. Die Aenderung des Index, das dann wahrscheinlich auch die Frage des Zolltarifs angeschnitten wird, entspricht der wachsenden Neigung des französischen Außenhandels zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland.

Der 6. Kriegsbeschuldigtenprozeß.

hat gestern vormittag begonnen. Die Anklage richtet sich gegen General a. D. Karl Stenger und Major a. D. Grufius. Staatspräsident Schmidt teilt mit, daß das Ermittlungsverfahren gegen General Stenger keinen ausreichenden Verdacht gegen ihn (Befehl zur Tötung von Gefangenen) ergeben habe, daß aber auf Grund eines Gesetzes die Anklage gegen ihn erhoben werden mußte. In der französischen Liste wird dem Generalleutnant Stenger vorgeworfen, den Befehl gegeben zu haben, keine Gefangenen zu machen, sondern sie zu erschlagen. Der Befehl, so jagte der Präsident, sei außerdem in die Presse der Entente übergegangen und gegen Deutschland ausgeschleudert worden. Wenn sich diese Anklagen bestätigen sollten, so würde der Angeklagte nach Meinung des Oberreichsanwalts gemäß § 14 und 22 des Reichsstrafgesetzbuchs zu bestrafen sein. Major Grufius soll am 21. und 26. August 1914 auf dem westlichen Kriegsschauplatz als Hauptmann den Befehl Stengers an mindestens 7 französischen Gefangenen haben durchzuführen lassen.

Generalleutnant Stenger gibt lt. T.-U. zu den Anschuldigungen an: Am 1. August 1914 befand er sich mit seinem Brigadestab in einem Gefecht bei der Saarburg auf dem Vormarsch. Als er den Erzerberplatz überschritt, lagen dort noch viele, anscheinend tote Franzosen. Nachdem der Brigadestab vorüber war, habe dieser von hinten Feuer erhalten, und es sei ihm gesagt worden, daß die angeblich Toten sich wieder auferweckt und auf die Deutschen geschossen hätten. Darauf habe er sich geäußert, solche Feinde sollte man sofort an Ort und Stelle erschlagen; niemals habe er geäußert, daß wehrlose Gefangene niederschlagen seien. Am 26. August habe er auffallend viele Meldungen erhalten, daß Franzosen, die sich anscheinend tot oder verwundet stellten, nachträglich geschossen hätten und sich auf Wägen mit Maschinengewehren verfrachten und von dort nach dem Vorbemerklich von hinten auf die Deutschen schossen. Damals habe er gesagt: diese Baumschützen sollte man wie die Spaken herunterschicken. Ihm hätten einige andere Offiziere gesagt: diese Baumschützen machen unser Vorgehen sehr schwer, wir haben durch sie außerordentlich viele Verwundete. Der Präsident verliest ein Schriftstück, in dem es heißt, daß der Befehl gegeben werde, von heute ab keine Gefangenen mehr zu machen, auch keine Verwundeten, mit oder ohne Waffen.

Wie der „Secolo“ meldet, hat Italien dem Internationalen Rat mitgeteilt, daß es vorläufig auf die Beurteilung der Kriegsbeschuldigten, die sich auf der italienischen Liste befinden, verzichten wolle.

Escherichs Abschied.

Im Anschluß an einen Erlaß der bayerischen Staatsregierung, der die Einwohnerwehr mit dem 29. Juni für aufgelöst erklärt, richtet der Gründer und Führer der bayerischen Einwohnerwehr, Porfirat Dr. Escherich, eine Kundgebung an alle Kreis- und Gau-Hauptleute, in der er der Reichsregierung „vor dem Volk und der Geschichte“ die Verantwortung für die Auflösung aufbürdet. Durch die Verleumdung eigener Stammesbrüder herbeigeführt, von Feindschaft und Vernichtungsstille diktiert, behaupte die Auflösung nach erfolgter Entlassung einen unannehmerlichen Eingriff in das deutsche Recht. Eine Möglichkeit, eine Aenderung dieser nunmehr gefallenen Entscheidung herbeizuführen, bestehe ohne schwerste Erschütterung für das deutsche und bayerische Vaterland nicht. Daher lege er, Escherich, getra-

gen von den Gedanken, die ihn beim Aufbau und in der Führung der Einwohnerwehr geleitet, nämlich bis zum letzten für die Ruhe und Ordnung als wichtigste Grundlage eines Aufstieges einzutreten, sein Ehrenamt als Landeshauptmann der Einwohnerwehr Bayern in die Hände derer zurück, deren Vertrauen ihn auf diesen Posten gerufen habe. Die Waffen seien nun abzugeben, die Form der Einwohnerwehr zerfallen, aber ihr Geist lebe und werde leben.

Das Ende des engl. Bergarbeiterstreiks.

In den Verhandlungen mit den Vertretern der englischen Bergarbeiter ist, wie die „Frkf. Ztg.“ aus London meldet, eine restlose Einigung erzielt worden. Der Vollzugsausschuß der Bergleute hat die Verantwortung dafür übernommen, die Wiederaufnahme der Arbeit zum Montag durchzuführen. Statt einer politischen Vorstufe zur Nationalisierung ist das Ergebnis des Kampfes die Annahme des Systems der Gewinneteilung, das damit zum ersten Mal von einem Zweig der nationalen Industrie grundsätzlich eingeführt wird. Nach Abzug der allgemeinen Kosten erhalten die Arbeiter einen Mindestlohn, der dem Vorkriegslohn nebst einem Prozentsatzigen Zuschlag entspricht) und die Grubenbesitzer einen Mindestgewinn von 17 Prozent des Lohnbetrages. Der überschüssige Gewinn wird im Verhältnis von 83 zu 17 geteilt.

Kurze polit. Nachrichten.

* Verhandlungen mit der Garantiekommission. Wie das T.-U. hört, ist bei den Verhandlungen mit der Garantiekommission festgesetzt worden, daß außer der bis zum 31. August zu zahlenden Milliarde Goldmark in dem ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur noch 200 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplan zu leistenden Summe durch Sachleistungen und durch Erhebung der Ausfuhrabgaben in den Ententeländern getilgt werden sollten.

* Unzufriedenheit mit Harding in Amerika. Die Unzufriedenheit mit der Harding'schen Regierungspolitik wächst, nach einem Telegramm der „Frkf. Ztg.“ in Amerika und hat auch weite Kreise der Regierungspartei ergriffen. Eine fröndliche republikanische Gruppe, die vielleicht Hundert stark ist, ist gegenüber Harding und Hughes mit der Forderung auf eine unverzügliche Verwirklichung des Wahlprogramms herausgetreten. Besonders wird darauf hingewiesen, daß das Verprechen auf eine baldige Verkündung des Friedensstandes mit Deutschland durch eine Friedensresolution keine weitere Verzögerung vertragen.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß die Einigungsverhandlungen zwischen Senat und Repräsentantenhaus über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland so große Fortschritte machen, daß der Sonderfrieden am 4. Juli Tatzade werden wird.

* Das irische Problem. Ulster hat die Einladung zur Londoner Konferenz angenommen. Die Presse gibt der Überzeugung Ausdruck, daß de Balera für seine Person ebenfalls zustimmend antworten werde.

* Der Orient-Dreibund. Türkei, Rußland und Afghanistan haben sich zu einem neuen Dreibund zusammengeschlossen. Wie die „Morning Post“ aus Konstantinopel meldet, wurde die erste offizielle Frage über der ersten afganischen Gesandtschaft in der Türkei in Angora geht. Anwesend waren bolschewistische Delegierte und das gesamte Kabinett. Mustafa Kemal Pascha leitete die Sitzung. Er hob in einer Rede die Bedeutung des Dreiebundes zwischen Rußland, der Türkei und Afghanistan gegen die Westmächte hervor und versprach, seinen eigenen Gesandten demnächst nach Kabul zu schicken. Mustafa Kemal Pascha erklärte, Afghanistan habe stets die Türkei zur Führerin gehabt. In dem Augenblick, wo die Imperialisieren des Westens veruchten, die Reste der Türkei zu zerschellen und die islamitische Welt zu zerstören, werde das türkisch-russisch-afganische Bündnis genügen, um die Pläne derer, die ihre Rechte angriffen, zu vereiteln. Kemal Pascha erklärte weiter: Wir sind vielleicht nicht so stark wie die Westmächte und nicht so fähig zur Selbstverteidigung, wir haben jedoch einen religiösen Glauben, durch den wir unsere Unangreifbarkeit gewinnen werden. Das Bündnis mit Rußland wird sich vielleicht als Netter aller Völker des Ostens erweisen.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Die Tagesordnung für die 46. Sitzung am Freitag, den 1. Juli 1921, vormittags 10 Uhr, weist außer der Anzeige neuer Eingänge folgende Punkte auf: Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung der Gesetzentwürfe über die 1. Landeselektrizitätsversorgung, Berichterstatter Abg. Marum; 2. Redaktoralisierung, Berichterstatter Abg. Dr. Gotshen.

Finanzminister Köhler über die politische Lage.

In einer gut besuchten Versammlung des katholischen Männervereins der Südstadt Karlsruhe sprach letzte Woche Herr Finanzminister Köhler über die politische Lage. Redner besprach die wichtigsten politischen Fragen unserer Tage, natürlich vom Standpunkt seiner eigenen Partei, des Zentrums aus. Der Rangwechsel bedeute, so führte er dem „Bad. Beobachter“ zufolge u. a. aus, einen Systemwechsel in der schärfsten Form. Es war eine vaterländische Tat, als unter dem Druck der Ultimatumskrise Dr. Birck erklärte, er sei zur Annahme des Rangwechsels bereit. Es war sicher nicht Ehrgeiz, was ihn dazu veranlaßte; die Energiequellen suchten sich andere Posten. Die Atmosphäre war vorher total vergiftet. Ein Staatsmann, der die Pariser Beschlüsse angenommen hätte, hätte Spiegruten laufen müssen, weil das Gefühl des deutschen Volkes nicht richtig eingestellt war. Man kann Simons einen Vorwurf machen, aber das ganze deutsche Volk stand hinter ihm, als er in London sein Nein aussprach. Es ist kein Zweifel, daß unsere außenpolitische Lage sich außerordentlich entspannt hat seit dem 11. Mai. Im Februar riefen alle: wir unterschreiben nicht! Im April waren täglich Industrielle in Berlin und haben: Unterschrift! Wenn wir nicht unterschrieben hätten, wären im Mai außer den Polen höchst wahrscheinlich auch die Franzosen, Engländer, Italiener und Tschecho-Slowaken einmarschiert, um das Deutsche Reich in Fesseln zu reisen. Die demokratische Republik ist den allerhöchsten Erschütterungen ausgesetzt. Es geht bei der Erfüllung ums Ganze. Die alte Koalition hat unterzogen. Im Zentrum war man sich klar, daß man unterzeichnen mußte, wenn das Reich nicht verloren sein sollte. Die Demokratie war sich bis zum letzten Augenblick nicht klar, was sie tun sollte. Der alte Zentrumsführer Epahn erklärte in dieser schweren Stunde: dann müssen wir eben mit den Sozialdemokraten unterschreiben. In letzter Stunde schlossen sich dann auch die Demokraten an. Dr. Birck

wollte die deutsche Volkspartei nicht ausschließen. Geinge war bereit, in das Kabinett Birck einzutreten, erhielt aber nicht die Zustimmung seiner Partei. Alsbald erfolgte die schärfste Bekämpfung des Kabinetts Dr. Birck von Seiten der Rechten. Die Art, wie sie Dr. Birck belächelten, insbesondere einige süddeutsche Heißsporne, ist empörend. Es wird aber wohl Ihre Billigung finden, wenn Dr. Birck es ablehnt, sich mit solchen Männern vor Gericht herum zu schlagen.

Die deutschen Parteiverhältnisse müssen wir nehmen wie sie sind. Die liberale Volkspartei schied ständig nach den Deutschnationalen hinüber; bei den Demokraten bestehen Befürchtungen, die Deutsche Volkspartei könne ihnen Abtrag tun; ebenso haben die Sozialdemokraten Befürchtungen gegenüber den Unabhängigen und Kommunisten. Die Umstellung auf den Begriff der Staatspartei ist eben noch nicht durchgedrungen; wir leben noch zu sehr im alten Staatsbegriff und sehen die Regierung noch zu sehr als die Macht an, die wir belächeln müssen. Hier muß umgeleert werden.

Redner ging dann auf die Außenpolitik ein und warnte davor, auf die Aneignung der Allianzen zu spekulieren. Solche Spekulationen haben noch immer schlagelögen. Die ganze Innenpolitik können wir auf eine einheitliche Linie bringen. Sie wird im nächsten Jahrzehnt beherrscht durch die Reparation. Der Redner legte im einzelnen die Leistungen dar, die wir zu erfüllen haben. Der schwierigste Posten sei die Ausfuhrabgabe. Ein Teil der Industrie könnte sie wohl leisten, andere teilweise, ein großer Teil der Industrie werde aber außerstande sein, sie zu tragen. So wie sich die Allianzen die Sache denken, wird sie auf die Dauer nicht möglich sein. Schöner bedauerlich sei die Politik unserer Sachverständigen in Spa; sie habe uns sehr geschadet. Darum hat Dr. Birck das Steuer so rasch wie möglich herumgeworfen. Man braucht natürlich Sachverständige, aber die letzte Entscheidung und die Verantwortung fällt schließlich dem Politiker zu.

Eines der wichtigsten Reparationsprobleme ist das Kohlenproblem. Die Kohlen, die wir abliefern, werden uns zum Inlandspreis angerechnet; wir erhalten jetzt nur 16,8 Goldmark pro Tonne, weil wir den Inlandspreis niebezahlen. Wenn wir den Inlandspreis dem Weltmarktpreis angleichen, erwirtschaften wir 1 Milliarde Goldmark gegenüber bisher 400 Millionen. Die Differenz schenken wir heute der Entente. Wir müssen allmählich unsere ganze Wirtschaft dem Weltmarkt angleichen. Wir müssen ferner herantreten an die Erhöhung der Besteuerung und der indirekten Steuern. Zahlen, Zahlen, wird die Parole der nächsten Jahre sein! Der Minister weist hin auf die im Gang befindliche Veranlagung und erläutert kurz das neue Steuerprogramm, durch das 50 Milliarden Papiermark heringebracht werden müssen. Heute bezahlen wir schon 50 Milliarden Papiermark an Steuern im Reich, Land usw., d. s. 5 Milliarden Goldmark, also genau so viel, wie wir 1913 im Reich, Ländern und Gemeinden bezahlten. Doch ein gewaltiger Unterschied: damals in einer blühenden Volkswirtschaft, heute aus einem zerstörten Land, das wir wieder aufbauen müssen.

An die Spitze aller Erörterungen muß immer wieder gestellt werden: Im Reichsrat und in dem der Länder und Gemeinden sind Ausgaben und Einnahmen unbedingt ins Gleichgewicht zu bringen. Es ist gar kein Zweifel, daß große Entparungen persönlicher und sachlicher Art gemacht werden können. Die neuen Steuern werden Preis- und Lohnsteigerungen bringen. Es wird Aufgabe der Reichs- und Landesverwaltungen sein, für ihre Arbeiter und Beamten rechtzeitig die Konzepte zu geben und die Führung in der Hand zu behalten, aber nicht so, daß Arbeiter und Beamte wieder 1½ Jahre lang nicht mehr zur Ruhe kommen.

Angeht es die gesamten Forderungen ist auch das Partei- leben aufs tiefste erschüttert. Die Umstellung ist — neben der Sozialdemokratie — bei keiner Partei so furchtbar hervorgetreten wie bei der Zentrumspartei. Bis 1918 war sie mehr oder weniger Oppositionspartei, dann wurden wir vor die Frage gestellt, ob wir positiv mitarbeiten wollten. Wir mußten mitarbeiten! Diese Umstellung von der Oppositions- zur Staatspartei ist aber noch nicht überall vollzogen. Ohne Zentrum wäre eine Regierung in Deutschland überhaupt nicht mehr möglich. Ebenso richtig ist, daß ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht regiert werden kann. So haben Sie eine Zwangscoalition, ob Sie wollen oder nicht. Ohne Zentrum geht es nicht! Das legt uns große Verpflichtungen auf; wir müssen uns bewußt sein, daß wir gemordeten sind zum gewaltigen Träger der Staatsautorität in Deutschland.

Mit lebhafter Zustimmung nahm die Versammlung die Stellungnahme des Ministers zu dem Abg. Erzberger auf. Sozialismus, Kapitalismus und Solidarisismus zingen heute mit einander. Nach der alten Zeit führt keine Brücke, kein Lauffeg, sondern nur noch die Erinnerung zurück. Vor uns liegt Neuland. Wir müssen eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung aufzurichten. Die Herrschaft des toten Kapital über den lebendigen Menschen wird und muß verschwinden. Nach unserer Auffassung kann diese Aufgabe nur der christliche Solidarisismus, das christliche Gemeinschaftsgefühl lösen und die Welt gesund machen. Der Mensch muß wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt werden. Das Privateigentum soll gelten, aber nicht unbeschränkt. Das Privateigentum soll belastet werden mit der sozialen Epoche. Eine Frage des anderen Last!

Von dieser Plattform aus bekämpfen wir auch den Versailles Vertrag, weil er an Stelle des Rechtes die Macht setzt. Im Staats- und Wirtschaftsleben verlangt der christliche Solidarisismus keine Klassenherrschaft, sondern Anteilnahme des ganzen Volkes an der Regierung und Verwaltung.

Mit diesen Gedanken werden wir die Fahne des sozialen Fortschritts vorantreiben.

Der Fall des Hauptlehrers Knebel in Oberschopfheim

beschäftigt die Öffentlichkeit in lebhafter Weise. Es wird unsere Leser interessieren, zu erfahren, was Knebel eigentlich vorzulegen wird. Wir geben darum die Ausführungen des „Wiltberger Volksblattes“, in denen diese Vorwürfe erhoben wurden, im Nachstehenden wieder. Im übrigen ist, wie wir feinerzeit mitgeteilt haben, wegen der in den Urteilen berichteten Vorgänge ein förmliches Disziplinarverfahren anhängig, das seinem Abschluß nahesteht. Die Angaben des „Wiltberger Volksblattes“ befragen im wesentlichen folgendes:

Knebel hatte es im Krieg zum Leutnant der Landwehr gebracht und war 1918 Kompagnieführer im Inf.-Regt. Nr. 93. In dieser Eigenschaft befehligte er in Gemeinschaft mit einer Französin, namens Helene Emmer aus Gallun bei Verdun in Frankreich, die er in deutsche Offiziersuniform kleidete, am 19. Juni 1918 über die deutsch-französische Front in der Nähe des Diederpuffer Sees. Die Französin war in Verdun seine Geliebte gewesen, sie war unter den deutschen Soldaten sehr bekannt unter dem Namen „die schöne Helene“. Wie Knebel dem Redakteur Wirth selbst erzählte, hat sie ihn zur Fahnenflucht veranlaßt durch das Versprechen, ihn nach Paris mitzunehmen, ihm dort eine schöne Stellung im Geschäft eines Onkels zu verschaffen und ihn dann zu heiraten, wenn er von seiner deutschen Frau geschieden sei. In Esquelbecq wurden die beiden Flüchtlinge von französischen Generalstabsoffizieren verhaftet. Knebel bekannte sich als Defektor, der gekommen sei,

in Frankreich zu bleiben, und führte die französischen Offiziere über die „Verhältnisse“ an der deutschen Front (wie er in seinem Tagebuch selbst gesteht) auf und glaubte durch diesen Kriegsverrat der Gefangenensache zu entgehen.

Aber er täuschte sich. Man stellte ihn in das französische Gefangenenslager von St. Kohl bei Düren. Seine deutschen Mitgefangenen erkannten, trotz hartnäckigen Leugnens, an seinen fortgesetzten Verhandlungen mit den französischen Behörden alsbald den wahren Charakter Anebels. Dieser suchte deshalb, in eines der Vorzugslager für Gefässer versetzt zu werden. Als ihm dies gleichfalls mißlang, bot er sich in mehreren Einlagen im August und September 1918 dem französischen Kriegsministerium an, als Spion und Aufwiegler nach Deutschland zu gehen, um dort für unsere Feinde Propaganda zu machen.

Das französische Kriegsministerium ließ ihn wiederum abfahren. Nach Auflösung des Lagers kam er im Februar 1919 nach dem großen Gefangenenslager Chateauroux, bis ihn dort am 27. August 1919 das Verhängnis, als Deserteur und Landesverräter erlörnt zu werden, ereilte. Durch seinen regen Briefverkehr mit den Franzosen, die es ihm endlich erlaubt hatten, seiner französischen Geliebten zu schreiben, die aber nicht mehr viel von ihm wissen wollten, und durch seine häufigen Eingaben an die französische Kommandantur hatte er sich bei seinen deutschen Mitgefangenen wiederum als Spion verdächtig gemacht. Auf Veranlassung des deutschen Lagerältesten, Majors Krans, wurde seine aus- und eingehende Post zurückgehalten und davon Kenntnis genommen. Und da enthielt sich sowohl in seinen Briefen wie in den Briefen seiner Frau das ganze Geheimnis. Es ging daraus hervor, daß er schon wiederholte Gesuche an die französische Regierung gemacht hatte, in Frankreich bleiben zu dürfen, das französische Staatsbürgerrecht erwerben zu können und als Lehrer im Eltsch verwendet zu werden. Als ihm am 27. August der Lagerälteste diese Briefe unter die Nase hielt, mußte er selbst eingestehen, daß alle Anlagen gegen ihn wahr seien. Der Major beantragte seine sofortige Entfernung aus dem Lager. Die Franzosen nahmen ihn in Schutzhaft.

Die Wut und Entrüstung der deutschen Gefangenen war so groß, daß Anebel, trotz der Bewachung durch die französischen Soldaten, seines Lebens nicht mehr sicher war. Auf dem Wege von der Kommandantur zum Gefängnis wurden ihm von empörten Kameraden nicht nur die Achselstüde, sondern auch die Kleider buchstäblich vom Leibe gerissen. Die Franzosen sorgten denn auch bald dafür, daß er bei Nacht und Nebel aus dem Lager verschwand. Wie verlautete, kam er später in ein besonderes Deserteurlager in der Nähe von Dijon, wo ihn ein ehemaliger deutscher Fliegeroffizier, der wegen eines geringfügigen Vergehens von den Franzosen vom Offizier zum einfachen Soldaten degradiert worden war, als Ordnungsbefehl bedienend mußte. Im letzten Sommer wurde dann Anebel von Frankreich an Deutschland ausgeliefert, und kehrte nach Oberschwaben zurück, wo er seinen Soldatendienst wieder aufnahm und — wie Medakteur Burth im „Billinger Volksblatt“ sagt — „sich möglichst deutschnational gebärdete“.

Burth besitzt eine Abschrift von zwei Tagebüchern, die Anebel über diese Zeit geführt hat und aus denen das „Billinger Volksblatt“ einige interessante Brocken im Wortlaut mitteilt. Ebenso ist er im Besitz einiger Konopje von Anebels Briefen an seine Geliebte, sowie eines von ihm handschriftlich gefertigten Aufzuges über die Kriegsschuld Deutschlands, den er als Probearbeit für eine revolutionäre Propaganda in Deutschland dem französischen Kriegsministerium ein-gereicht hatte. Dieses Material zusammen mit Abschriften von Briefen seiner Frau, von der er sich scheiden lassen wollte, die ihn aber beschwor, zurück-zukehren, — denn es wisse ja niemand, daß er Deserteur sei —, hat Burth zu den Akten zusammengestellt, die den Mitgefangenen übergeben sollten. Der Lagerälteste, Major Krans, soll diese Akten im Austauschlager in Konstanz dem Gerichtsoffizier übergeben haben. Inzwischen aber sollen sie verschwunden sein.

* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Medakteur Burth schreibt im „Billinger Volksblatt“ Nr. 170 vom 28. Juli 1921, daß er seine Artikel über „Jugendzieher und Vaterlandsverrat“ in Nr. 159 und 160 des „Volksblatts“ unter anderem aus dem Grunde geschrieben habe, „weil das pöbelliche Untersuchungsverfahren beim Unterrichtsministerium im Sande zu verlaufen drohte.“

Diese Unterstellung ist durchaus unbegründet, wie jederzeit aus den Untersuchungsaften entnommen werden kann.

Krankenkasse des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens.

Man schreibt uns: Am 19. Juni fand in Karlsruhe die 1. Hauptversammlung der Krankenkasse des Verbandes der Beamten und Lehrervereine Badens e. V. statt. Anwesend waren 66 Mitglieder; eine größere Mitgliederzahl wurde durch Bevollmächtigte vertreten. Namens der Regierung nahm als technischer Referent für Versicherungswesen zumkommend Herr Regierungsrat Verlan teil. Der 1. Vorsitzende, Herr Betriebsinspektor Trautmann, eröffnete die Sitzung, dankte den Anwesenden für ihr Erscheinen und ging eingehend auf den Ver- gang dieser Krankenkasse nach zweijährigem Bestehen ein. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurden die einzelnen Punkte, wie folgt, erörtert.

Der Rechnungsab-schluss für 1919 und 1920 wurde bekanntgegeben, auf Anfragen noch näher erläutert und dem Vor- stand und Rechnungsrat Entlastung erteilt; im übrigen wurde dem Antrag auf vereinfachtere, allgemein verständlichere Rechnungslegung stattgegeben.

Scharf tabelte der Vorsitzende, daß bei einer so großen Zahl von Reichs-, Staats- und Gemeindevorbeamten in Baden der Mitgliederstand ein so verhältnismäßig geringer ist, so daß auf fast 2 Mitglieder ein Krankheitsfall vorkommt. Als sehr bedauerlich wurde von verschiedenen Seiten bezeichnet, daß bei den Beamten, wie in anderen Angelegenheiten, so auch hier eine Art Müdigkeit und Interessenlosigkeit und demgemäß so wenig Verständnis herrscht, ein Mißstand, der sich auch in der Zahlung der Mitgliederbeiträge unliebsam zeigt. Wer-kearbeit unter den Beamten ist unerlässliches Erfordernis, denn, je größer die Mitgliederzahl, desto weniger Leistungsfähigkeit und desto höhere Klassenleistungen. Der Ab-schluss der Rechnung muß als ein nicht befriedigend bezeichnet werden, da die Mit- gliederbeiträge von vornherein zu niedrig bemessen waren, während andererseits der Aufwand für Arzt, Apotheke und dergl. infolge Erhöhung der Preise auf allen Gebieten stetig gestie- gen ist, so daß ein Reibetrag verbleibt.

Sodann wurden die abgeänderten Satzungen, wonach die künftige Bezeichnung „Krankenkasse der Reichs-, Staats- und Gemeindevorbeamten in Baden“ lautet, eingehend beraten und Satzungen in hoc angenommen, ein Beweis, daß dieselben vom Vorstande eingehend durchgeprüft waren. Entsprechend dem geringeren Geldwert wurden die Mitgliederbeiträge erhöht, 2 Klassen für Versicherte errichtet, dementsprechend aber auch die Klassenleistungen unter Berücksichtigung der Grenze der Erfindbarkeit wesentlich erhöht.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, dazu ein Vertreter aus dem Lehr-, dem Verwaltungsbeam- ten- und Pensionärsstande. Hierauf wurden noch die Rech- nungsprüfer gewählt. Einmütig wurde als unerlässlich zu er- strebendes Ziel die Errichtung von Zwangsfrankenstellen für die Beamten des Reichs, der Gliedstaaten und Gemeinden an- erkannt. Um dies zu erreichen, ist mit den verschiedenen Or- ganisationen der übrigen Gliedstaaten zwecks Stellung entspre- chender Anträge an maßgebende Stelle in Verbindung zu- treten. Nach 8 Stunden konnte der Vorsitzende der Tagung, die unter dem erfreulichen Zeichen der Einmütigkeit und Ge- schlossenheit stand, schließen. Aus der Mitte der Versamm- lung wurde dem Vorstand, insbesondere dem 1. Vorsitzenden, für die uneigennütige Amtstätigkeit und aufopfernde Nähe- waltung gedankt.

Zur Umanerkennung der Kriegs- beschädigten.

Der Bund der Beamten im Bereich des Reichsarbeitsmini- steriums, Bezirksgruppe Karlsruhe, erlucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: „Mit tiefstem Bedauern und mit ehelicher Entrüstung haben die Beamten der Versorgungsbehörden Badens von den ge- fährlichen Angriffen Kenntnis genommen, die in einigen Ver- sammlungen des Reichsbundes der Kriegschädigten und Hinterbliebenen in letzter Zeit erfolgt sind. Sie weißt die in den Resolutions, nicht auf Grund sachlicher Feststellungen, gegen die aus dem Offizierstande hervorgegangenen Beamten, insbesondere gegen den Direktor des Hauptversorgungsamtes gerichteten Angriffe und Verleumdungen, die nur in persön- licher Gegnerschaft wurzeln können, auf das Schärfste zurück. Wenn auch die Beamtenschaft unbekümmert um Lob oder Tadel ihre ernste Pflicht zu erfüllen hat, so freut sie sich doch ganz besonders, wenn ihre schwere Arbeit in dem Kreise der Kriegschädigten und Hinterbliebenen Anerkennung und Verständnis findet. Wenn aber, so offensichtlich, wie es in letzter Zeit in Presseberichterstattungen und in Ver- sammlungen geschehen, dieses Lob nur einem Teil der Beam- ten ausgesprochen wird und dem anderen Teil nicht, so weist die gesamte Beamtenschaft solches Lob auf das Schärfste zu- rück, ja sie sieht darin eine niedrige Einschätzung der gemein- samen Interessen und hohen ethischen Standesauffassung der Beamtenschaft. Sie bedauert die Angriffe gegen einen Teil der Beamtenschaft umsomehr, als es sich um ehrenhafte Män- ner handelt, die zum Teil selbst schwerbeschädigt, mit uner- müdlicher Eifer und warmem innerem Verständnis für die Sache der Kriegschädigten und Hinterbliebenen arbeiten. Wenn sich aber unter diesen Beamten Männer finden sollten, denen es an diesem Eifer und Interesse fehlt, so ist die Beamtenschaft Manns genug, ihre Interessen selbst zu wahren. Männer, wie sie in den erfolglosen Angriffen geschildert werden, würde die Beamtenschaft nicht in ihren Reihen dulden. Die Beamtenschaft bedauert die Angriffe nicht zuletzt deshalb, weil durch sie eine erfrischliche Zusammenarbeit in der Beamtenschaft und mit den Organisationen außerordent- lich erschwert wird und dadurch in erster Linie die Interessen der Kriegschädigten u. Kriegshinterbliebenen selbst auf das schwerste gefährdet werden. Dieses Interesse aber, dem die ganz Lebensarbeit der Beamten gilt, steht uns allen so hoch, daß wir es nicht durch Angriffe persönlicher Art gefährdet wissen möchten.“

Aus der Landeshauptstadt.

Dz. Schwurgericht. Unter dem Vorsitz des Landgerichts- direktors Oster nahm am 27. Juni die dritte Schwurgerichts- periode ihren Anfang. Auf der Angeklagten saßen der 22 Jahre alte Dienstknecht Paul Kirfänger aus Ravensburg und der 24jährige Bader Gg. Pfaff aus Unterweidloch, beide des Straßenraubs beschuldigt. Man hatte es in Pösch und Lebensverhältnissen mit grunberschiedenen Meinungen zu tun. Vom 15. Lebensjahr in der Fremde, meldete sich Kirfänger 1916 als Freiwilliger und wurde im Kriege verwundet. Ein äußerst intelligenter Bursche, kam er mit 23 Jahren auf die schiefle Ebene durch einen Hahndiebstahl. Von da ab datieren eine Reihe weiterer, zum Teil schwerer Diebstähle und die gegenwärtige Straftat. Während sich die Eltern des Kirfänger nicht um den Sohn kümmerten, bereitete Pfaff seinen Angehörigen schon früh recht viele Sorgen. Er machte gleichfalls den Feldzug mit und hatte infolge seiner Verwundung einen gelähmten Arm. Auch auf Pfaff lasten bereits schwere Eigen- tumsdelikte, die bis auf's Jahr 1913 zurückgehen. Er ist allerdings ein geistig minderwertiger Mensch, wofür auch sein eigenartiges Verhalten während dieser Verhandlung zeugte. Die beiden Angeklagten, die lange leugneten, waren heute in vollem Umfange geständig. Danach war Kirfänger Ende De- zember in Baden-Baden in der Untersuchungsstube ausgebro- chen und hatte sich nach Durach begeben, wo er mit Pfaff, einem Bekannten aus dem Gefängnis zu Rastatt, zusammen- traf. Beide saßen nun den Entschluß, einer Frau die Hand- tasse wegzunehmen in der Meinung, daß dies eine „kleine Tat“ und zum anderen keine Tat sei, auf der so schwere Strafe ruht. Beide trieben sich am Abend des 3. Januar auf der Straße Wolfartsweier-Durach umher, um im geeigneten Augenblick beim Jagen. Fischhaus die Frau Anna Bucher aus Karlsruhe anzufragen. Kirfänger entriß der Frau nach heftiger Gegenwehr die Handtasse mit 70 M. Inhalt und eine Kanne mit 2 Liter Milch, während ihr Pfaff mit dem Schirm des Kirfänger Schläge auf den Kopf versetzte, ohne sie indes er- heblich zu verletzen. Die Täter flüchteten nach Durach, teilten das Geld unter sich und versuchten schon am nächsten Tag einen Diebstahl in Steinbach. Auf der Fahrt nach Karlsruhe sprang Kirfänger aus dem Zuge, als er merkte, daß man ihm auf den Fersen war. Doch die Freiheitsfreude war nur kurz. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, wie auch die Frage nach milderen Umständen, worauf Kirfänger zu 1 Jahr 6 Monaten, Pfaff zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis ver- urteilt wurden. Unter Einrechnung früherer Strafen er- kannte man gegen den ersteren auf eine Gesamtsstrafe von 3 Jahren, gegen Pfaff auf eine solche von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis.

Literarische Neuerscheinungen.

Grundzüge des theoretischen Unterrichts der freiwilligen Sanitätskolonnen. Für Wiederholungskurse in Frage und Antwort, bearbeitet von Kolonnenarzt Dr. Guttenberg- Freiburg. Zehnte Auflage (VI und 59 Seiten). Karlsruhe 1921. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Preis 3,50 M.

Bei der Fülle des Unterrichtsstoffes für freiwillige Sani- tätskolonnen und der meist nur beschränkten Zeit ist das vor- liegende Büchlein ein bewährtes Hilfsmittel für den Kurs- leiter und für den Kursteilnehmer, den Unterricht möglichst fruchtbar zu machen. Erfahrungsreich ist es dem Arzte oft nicht minder schwer seine Ausdrucksweise dem Laienverständ- nis anzupassen, als dem angehenden Sanitätsmanne bei einer Prüfung für den ihm vielleicht richtig vor-schwebenden Ge-

dankeninhalt den passenden Ausdruck zu finden. Die knappe, klare Fassung der Fragen und der Antworten nimmt hieraus gebührend Rücksicht, wobei noch eine gewisse Einseitigkeit der Abfassung die Lernbarkeit erleichtert und das Gedächtnis unterstützt. Der erste Teil umfaßt die erste Hilfeleistung und Transport Verwundeter und Kranker, der zweite die Kranken- pflege, so daß mit insgesamt 212 Fragen das wesentliche des ganzen Gebietes behandelt ist. Es liegt völlig im Ermessen des Lehrers, den Stoff zu kürzen oder noch zu erweitern. Als Prüfungsbüchlein wird das Werkchen ohne Zweifel auch wei- terhin dem Prüfenden sowohl als auch dem zu Prüfenden gute Dienste tun.

Staatsanzeiger.

Feriensonderzüge.

- Im laufenden Jahre verkehren folgende Feriensonderzüge:
Am Freitag, den 1. Juli:
Frankfurt (Main)—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Samstag, den 2. Juli:
Gamburg—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Sonntag, den 10. Juli:
Berlin Anb. Wf.—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Montag, den 11. Juli:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Berlin Anb. Wf.
Am Donnerstag, den 14. Juli:
Gamburg—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Samstag, den 16. Juli:
Berlin Anb. Wf.—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Gamburg—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Kaiserslautern/Saarbrücken—München.
Am Sonntag, den 17. Juli:
Frankfurt (Main)—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Montag, den 18. Juli:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Frankfurt (Main), Ferien-Rück- sonderzug.
Am Mittwoch, den 20. Juli:
München—Kaiserslautern/Saarbrücken.
Am Samstag, den 30. Juli:
Kaiserslautern/Saarbrücken—München.
Am Montag, den 1. August:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Gamburg.
Am Dienstag, den 2. August:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Berlin Anb. Wf.
Am Donnerstag, den 4. August:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Köln—Dortmund.
Am Samstag, den 6. August:
München—Kaiserslautern/Saarbrücken.
Am Sonntag, den 7. August:
Dortmund—Köln—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Sonntag, den 14. August:
Berlin Anb. Wf.—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Gagen—Köln—Bafel Bad. Wf./Konstanz.
Am Montag, den 15. August:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Berlin Anb. Wf., Ferien-Rück- sonderzug.
Am Sonntag, den 21. August:
Berlin Anb. Wf.—Bafel Bad. Wf./Konstanz, Ferien-Rück- sonderzug.
Am Montag, den 5. September:
Bafel Bad. Wf./Konstanz—Köln—Dortmund/Gagen, Ferien- Rücksonderzug.
Am Donnerstag, den 8. September:
Dortmund—Köln—Bafel Bad. Wf./Konstanz, Ferien-Rück- sonderzug.
Die Züge nach Berlin, Gamburg, Bremen, Köln—Dort- mund und Frankfurt (Main) haben auf den badischen Strecken den gleichen Fahrplan und zwar:
Bafel Bad. Wf. ab 11.25 vorm., Müllheim (Baden) ab 12.00 nachm., Freiburg (Breisgau) ab 12.40 nachm., Offenburg am 1.44 nachm., Konstanz ab 7.40 vorm., Singen (Hohentwiel) ab 8.38 vorm., Donaueschingen ab 9.49 vorm., Triberg ab 11.05 vorm., Offenburg am 12.17 nachm., Offenburg ab 1.52 nachm., Baden-Dos ab 2.42 nachm., Karlsruhe ab 3.20 nachm., Mannheim am 4.15 nachm. Die Züge nach München ver- kehren: Mannheim ab 9.05 vorm., Heidelberg ab 9.35 vorm., und Bruchsal ab 10.20 vorm.
Zu den Ferien- und Ferien-Rücksonderzügen werden an den Stationen Baden-Dos, Bafel Bad. Wf., Donaues- chingen, Freiburg (Breisgau), Karlsruhe, Konstanz, Mann- heim, Müllheim (Baden), Offenburg, Säckingen, Singen (Hohentwiel) und Zell (Miesental) Fahrkarten für einfache Fahrt zu ermäßigten Preisen nach den Stationen Berlin, Bonn, Bremen, Coblenz, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Esen, Halle (Saale), Gamburg, Hannover, Köln, Stetin und Swinemünde in beschränkter Zahl ausgeben. Zu den Ferien-Rücksonderzügen kommen noch zu einer Anzahl weiterer Stationen, welche aus den Ausschüben für diese Züge ersichtlich sind, Fahrkarten zur Ausgabe. Da nur Fahr- karten bis zur Besetzung der einzelnen Sonderzüge aus- gegeben werden können, kann die Abgabe der Fahrkarten an die Reisenden nur auf Vorausbestellung erfolgen. Den Rei- senden wird empfohlen, die Fahrkarten möglichst frühzeitig bei den vorgenannten Ausgabestellen zu bestellen.
Den Reisenden können bei der Lösung der Fahrkarten für die Einfahrt auf Wunsch auch gleichzeitig Fahrkarten für die Rückfahrt verabschiedet werden. Die für die Rückfahrt gültigen Fahrkarten gelten nur zu den an bestimmten Tagen besonders beauftragten Ferien-Rücksonderzügen. Ferien-Rückson- derzüge werden nur von Berlin und von Dortmund gefahren, ein Ferien-Rücksonderzug von Gamburg und Bremen kommt nicht zur Ausführung. Die Sonderzugarten gelten nur für den Sonderzug, für den sie gelöst sind. Fahrunterbrechung ist ausgeschlossen. Kinder erhalten die tarifmäßige Fahrpreis- ermäßigung.
Die Fahrkarten nach Stetin und Swinemünde gelten ab Berlin Stett. Wf. zu fahrplanmäßigen Anschlußzügen.
Die Inhaber von Ferien-Sonderzugarten nach Gamburg und Bremen können bei den Fahrkartenausgabestellen dieser Bahnhöfe (in Gamburg auch bei der Abfahrtsstelle der Dampfer St. Pauli Landungsbrücken) innerhalb 8 Tagen nach Abfahrt des Feriensonderzuges gegen Abgabe der Feriensonderzug- karte Anschlußkarten zu ermäßigten Preisen nach den Nord- seebädern Aumun, Vorkum, Helgoland, Juist, Rangoog, Norderne, Spielzoo, Wangerooge, Westerland (Zehl) und Wbf (Föhr) erhalten; siehe Ausschub.
Die Ferien-Sonderzugarten werden den Reisenden zwecks Lö- sung vorstehender Anschlußkarten in Gamburg und Bremen auf Verlangen belassen.
Bei Benutzung der Baderschnellzüge zwischen Gamburg und Goherschlusse ist für die Durchfahrt durch dänisches Gebiet kein Nach erforderlich. Auch findet keine Zollkontrolle statt.
Ferienreisende nach Stetin und Swinemünde erhalten auf diesen Stationen ebenfalls Fahrkarten zu ermäßigten Preisen nach den Ostseebädern. Reisegepäck wird zu den Bestimmungen und Säben des gewöhnlichen Verkehrs abgeändert. Zu den Feriensonderzügen Saarbrücken—Kaiserslautern—Mün- chen werden in Mannheim, Heidelberg und Bruchsal Ferien- sonderzugarten nach Augsburg und München ausgegeben.
Die Fahrpläne, Fahrpreise und sonstigen Bedingungen für die Sonderzüge werden auf den Stationen durch Ausschub beauftragt.

Todes-Anzeige.
 Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser geliebter Bruder, Schwager und Oheim

**Herr Ökonomierat
 Alfred Schmezer**

Inhaber der Kriegsauszeichnungen von 1870/71 u. des Zähringer Löwenordens

heute im Alter von fast 73 Jahren unerwartet schnell in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Rastatt, den 28. Juni 1921.

Die tieffrauernden Hinterbliebenen.

Die Feuerbestattung findet am Freitag, den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in Baden-Baden statt. R. 362

Todes-Anzeige.
 Dienstag, den 28. Juni auf einer Fußwanderung durch Steinbach nachmittags 1/3 Uhr verschied plötzlich an einem Herzschlage

Herr Alfred Schmezer
 Badischer Ökonomierat.

Der Entschlafene war bis zum Herbst 1919 Landwirtschaftsinspektor für die Amtsbezirke Rastatt und Baden und Vorstand der landwirtschaftlichen Winterschule in Rastatt. Außerdem bekleidete er bis zu seinem Tode zahlreiche Ehrenämter. Erst vor wenigen Wochen schied er als Vorsitzender unseres Vereins nach überaus selbstloser und erfolgreicher Tätigkeit aus. In dankbarem Gedenken und in herzlicher Trauer um diesen arbeits- und lebensfrohen, liebenswürdigen und noch so rüstigen Mann geben wir Freunden und Bekannten hiervon Kenntnis.

Die Einäscherung findet Freitag, den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Baden-Baden statt.

Der Verein
 badischer Landwirtschaftsinspektoren.
 Nr. 374

Badisches Landestheater.
 Freitag, den 1. Juli 1921, 7 bis nach 1/2, 10 Uhr 17. Mk

Neueinstudiert:

Die weiße Dame.

Sommer-Operette im Konzerthaus.
 So. 3. Juli: Eröffnungs-Vorstellung. Zum ersten Mal.
 Der letzte Walzer. 6 1/2. (16.20) — Die 5. Der letzte Walzer 7. (12.20) — Mi. 6. Der Graf von Luxemburg. 7. (12.20) — Do. 7. Der letzte Walzer. 7. (12.20) — Fr. 8. Der Graf von Luxemburg. 7. (12.20) — Sa. 9. Neu einstudiert. Der Vogelhändler. 7. (16.20) — So. 10. Nachm. 2 1/2. Der Graf von Luxemburg. (8.70), abends 6 1/2. Der Vogelhändler. (16.20).

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 2., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 4. an.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3642
 Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald- u. Karlstraße

E. Büchle Wandbilderschmuck
 :: Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

**Badische Lokal-Eisenbahnen,
 Aktien-Gesellschaft.**

Zur Erleichterung des Ausflugsverkehrs werden ab 1. Juli ermäßigte Sonntagskarten 3. Kl. für Hin- und Rückfahrt ausgegeben:

In Karlsruhe Reichsstraße und Ruppurr nach Ettlingen, Marzall oder Langensteinbach, Frauenalb oder Ittersbach und Herrenalb. In Karlsruhe Reichsstr. sind auch Sonntagskarten nach Herrenalb aufgelegt mit Rückfahrt auf der Reichsbahn in 3. oder 4. Klasse ab Herrenalb oder Baden-Baden.

In Ettlingen nach Marzall usw. wie vor.
 In Bruchsal nach Oberrhein, Hilsbach, Münzschheim und Rengingen.
 In Bühl nach Oberalt.
 Die Sonntagskarten sind bereits von 4 Uhr nachmittags des vorhergehenden Samstags erhältlich und senkbar. R. 368

Karlsruhe, den 21. Juni 1921.
 Die Direktion.

Musik
 zum
Oberschlesier-Hilfswert.

Deutsche Männer und Frauen!

Oberschlesien brennt. Infurgentenbanden morden, plündern und rauben. Groß ist die Zahl der Erschlagenen. Tausende Deutsche haben Heimat, Hab und Gut verloren, sind verschleppt oder schwach in Konzentrationslagern, den entsetzlichen Mißhandlungen und Entbehrungen ausgesetzt. Hunderte von Verwundeten und Kranken füllen Lazarette und Krankenhäuser und entbehren der allernotwendigsten Mittel zu ihrer Heilung. Auf dem Lande herrscht widesteter Terror. In den Städten ist Lebensmittel- und Wasserzufuhr abgeschnitten, das Hilfspersonal zusammengebrochen, und dadurch die Not der Bevölkerung auf dem Gipfelpunkt. R. 379

Vaterländische Pflicht aller Deutschen ist es daher, unsern schwer bedrängten und Unseligen duldben ober-schlesischen Volksgenossen so rasch als möglich zu helfen.

Darum ihr Männer und Frauen Karlsruher!
Helft den Oberschlesiern, helft sofort!

Große Mittel sind notwendig, vor allem Geld, Wäsche, Kleidung und unentbehrliche Lebens- und Stärkungsmittel.

Am kommenden Sonntag, den 3. Juli soll, wie in allen deutschen Städten, so auch in Karlsruhe, ein **deutscher Oberschlesier-Opfertag** stattfinden. Straßen- und Hausfammlungen sind vorgesehen.

Gebet, was in Euren Kräften steht, und denkt an die Tat des ober-schlesischen Volkes am Abstimmungs-tag, in der es in so glänzender Weise seine Treue zum Vaterland bekundet hat!

Gaben in Geld nehmen entgegen alle hiesigen Banken, sowie die städtische Sparkasse Karlsruhe.

Sachspenden wollen an die Sammelstelle des roten Kreuzes hier abgeliefert werden.

Der Ortsausschuß Karlsruhe für das Oberschlesier-Hilfswert.

Frau Jenny Barning, für den Evangelischen Frauenbund. Baumeister, Pfarrsekretär, für den Katholischen Caritasverband. Blum, Bezirksrat, für die Handwerkskammer Karlsruhe. Dees, Generalsekretär, I. Vorsitzender des Vereins Karlsruher Presse. Dr. Ehrhardt, Geh. Hofrat, Direktor der Oberrealschule, Vertreter der Mittelschulen. Fäßbender, Gewerkschaftssekretär und Stadtverordneter, für die christl. Gewerkschaften. Dr. Finter, Oberbürgermeister. D. Frey, Oberreallehrer, Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten. Hof, Gewerkschaftssekretär, für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Ortsgruppe Karlsruhe. Oßel, Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden. Jacob, Stadtrat, I. Vorsitzender. Kaminski, Stadtpfarrer, für die katholische Kirchengemeinde. Kraußschke, Oberpostsekretär, Vorsitzender der Vereinigung heimatreuer Oberschlesier. Ortsgruppe Karlsruhe. Kühn, Stadtrat, II. Vorsitzender. Dr. Kurrein, Stadtkabiniere, für die israelitische Wohlfahrtsvereinigung. Lacher, Verwaltungsdirektor, Geschäftsführer. Leonhardt, Obersekretär des städt. Volksschulrektors. Lind, Geistl. Rat und Stadtkonze, für die katholische Gesamtkirchengemeinde. Frau Stadträtin Matheis, für den katholischen Frauenbund. Dr. Mantel, Generaloberarzt, Vertreter des Bad. Landesvereins d. roten Kreuz. Menginger, Stadtrat und Konjul. I. Vorsitzender des Verkehrsvereins. Müller, Geheimrat, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins. Naby, Stadtkonze, für die Evangelische Gesamtkirchengemeinde. Frau von Schilling, für den Helferrinnenbund des Badischen Frauenvereins. Stehlin, Rektor der städt. Volksschulen. Dr. h. c. Strauß, Kommerzienrat und Bankier, für die Karlsruher Bauvereinigung. Werner, Rat, für den Badischen Landesverein für Innere Mission.

Vertreter
 gesucht von bekannter, leistungsfähiger Firma zum Betrieb von

feinen Tabakpfeifen in echt und imitiert Brüyere etc.
 Gef. Angebote von Herren, die in Zigarrengeschäften und Drechslerien gut eingeführt sind, erheben unter R. 375 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Oberheinische Elektrizitätswerke,
 Aktiengesellschaft, Wiesloch (Baden).**

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am

Freitag, den 29. Juli 1921, nachmittags 4 Uhr,
 in dem Turnsaal de Rathhauses Mannheim, Zimmer Nr. 1, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung
 eingeladen.

Tagesordnung:

1. Herabsetzung des Grundkapitals auf 600 000 M. durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 4:8.
2. Vornahme der hiernach erforderlich werden den Änderung des § 4 der Statuten, Änderung der §§ 1 und 33 der Statuten.

Gemäß § 23 der Statuten haben nur diejenigen Aktionäre Stimmrecht in der Generalversammlung, die ihre Aktien spätestens am 3. Tage vor dem Versammlungstage, letzteren nicht miteingerechnet, entweder bei der Direktion in Mannheim oder bei der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft in Mannheim hinterlegt haben. Wiesloch (Baden), den 29. Juni 1921.
 Der Vorstand:
 W. Kern.

Freitag, d. 1. Juli
 beginnt der diesjährige

Saison-Ausverkauf.

Wir bringen einen größeren Teil unserer bedeutenden Lagerbestände zum vollständigen Ausverkauf. Es bietet sich Gelegenheit Qualitätsware zu ganz wesentlich ermäßigten Preisen zu kaufen.

W. Boländer
 Karlsruhe Kaiserstraße 121.

Stadtgarten.
 Zugunsten der bedrängten Oberschlesier veranstalten wir Samstag, den 2. Juli d. J., abends 8—11 Uhr ein

Gartenfest

Konzert der Kapelle des Musikvereins Harmonie unter Mitwirkung des Männergesangsvereins Karlsruher Lieberkrantz.

Um 9 1/2 Uhr Bengalische Beleuchtung der Anlagen am See.

Eintritt: Inhaber von Stadtgartenjahreskarten 2 M. } einschließlich
 Sonstige Personen 3 M. } Luftbarkeitssteuer
 Kinder je die Hälfte. Musikprogramm mit Liederteg 60 Pfg.

Kartenverkauf: Verkehrsverein und Schalterkasten des Stadtgartens.
 Zugänge: Stadtgarteneingang Nord und Süd und östlicher Stadtgarteneingang beim Bierothbad. Bei schlechtem Wetter finden die Musik- und Gesangsaufführungen im großen Festhallsaal statt, während die Gartenbeleuchtung unterbleibt. Zur Erzielung eines möglichst hohen Reingewinnes bitten wir die Karlsruher Bevölkerung um zahlreichen Zutritt. R. 380

Der Ortsausschuß Karlsruhe für das Oberschlesier-Hilfswert.

Stadt. Ausstellungshalle

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfehlen wir:

145 cm brt. blau. Cheviot pro Mtr. zu 50.- u. 57.-
 zu Herren- u. Knabenanzügen und Damenkostümen geeignet.

Männersommerhosen (Zwirn) zu 38.- u. 42.-

Männeranzüge dreiteilig, zu 150.-, 195.-, 250.-

Männereinsatzhemden pro Stück 25.-

Männertrikothemden wollgemischt, pro Stück 32.-

Frauenhosen mit Stickerei, pro Stück 19.75

Stadt. Bekleidungsstelle Eingang Gartenstraße
 Täglich ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. R. 381

Neckar-Aktiengesellschaft.

Für die Leitung der Neckar-Aktiengesellschaft in Stuttgart, welche die Aufgabe hat, unter gleichzeitigem Ausbau des Neckars von Mannheim bis Plochingen für den Großschiffahrtsverkehr 26 Wasserkraftwerke mit 100 000 Pferdestärken zu errichten und die darin gewonnene elektrische Arbeit zu verwerten, wird als

Vorstandsmitglied
 eine energische Persönlichkeit gesucht,

die Organisationstalent besitzt und über langjährige Erfahrung auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, insbesondere der Elektrizitätswirtschaft Süddeutschlands verfügt. Schriftliche Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche sind bis spätestens 25. Juli an Ministerialrat Dr. Hirsch, Württembergisches Ministerium des Innern in Stuttgart, zu richten. R. 375